



Antrag

der Fraktion der SPD

Für eine Schulkultur gegen Rechtsextremismus – Handlungsempfehlungen für Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend in Zusammenarbeit mit den regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus einen Leitfaden zu entwickeln und zu veröffentlichen, der auf praktische Handlungsfragen des Schulalltags angesichts des Erstarkens rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte eingeht. Der Leitfaden soll Schüler*innen, Eltern, Schulleitungen und alle an Schule tätigen Personen adressieren und dementsprechend Themen aus ihren jeweiligen Perspektiven berücksichtigen.

Themen solcher Handlungsempfehlungen sollen u.A. sein:

- Umgang mit verfassungsfeindlichen Symbolen an Schulen/Schuleigentum (bspw. Hakenkreuzschmierereien an Schulfassaden oder auf Tafeln)
- Umgang mit Symbolen aus der rechten Szene (bspw. durch Handzeichen oder auf Kleidung)
- Umgang mit rechter Hetze im Kontext der Schulgemeinschaft (innerhalb und außerhalb des Unterrichts, online und offline, durch verschiedene Statusgruppen)
- Umgang bei Besitz und Verbreitung von Materialien mit Symbolen aus der rechten Szene

Der Leitfaden sollte ebenso Verwaltungsabläufe betreffende wie rechtliche und pädagogische Aspekte inkl. Best-Practice-Beispiele beinhalten.

Ziel muss sein, eine Schulkultur zu befördern, in der klar ist, dass rechter Hass und Hetze keinen Raum haben und sich alle Personen wohl fühlen.

Begründung:

Die Ergebnisse der Bundestagswahl zeugen davon, dass sich die politischen Koordinaten nach rechts verschoben haben, stimmte doch immerhin nahezu jede*r fünfte Wähler*in für eine in Teilen gesichert rechtsextrem geltende Partei.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch an Schulen wider, wie nicht nur die Ergebnisse der Juniorwahl zeigen, sondern auch die steigende Zahl rechter Gewaltvorkommnisse an Schulen.

Kamen solche Fälle in den Schuljahren 2020/21 und 2021/22 nur vereinzelt vor, gab es im Schuljahr 2022/23 einen deutlichen Anstieg auf elf Fälle. Dabei muss von einer wesentlich höheren Dunkelziffer ausgegangen werden, da Schulleitungen Vorfälle nur dann statistisch dokumentieren, wenn sie schulische Ordnungsmaßnahmen zur Folge hatten oder wenn ein Hausverbot gegen nicht der Schule angehörige Personen verhängt wurde.

Daher ist es umso wichtiger, dass rechtsextreme Ideologien gerade am Bildungsort Schule nicht normalisiert und damit die Hemmschwelle gegenüber Rechtsextremismus nicht abgesenkt wird. Das erfordert ein striktes Vorgehen gegenüber Vorfällen, die mit rechten Symbolen oder Ideologien im Zusammenhang stehen. Dafür benötigen alle an Schule vorfindliche Personenkreise klare Handlungsempfehlungen, die Ihnen Orientierung geben und auf die sie sich beziehen können.

Martin Habersaat
und Fraktion